

Kiel, 09.10.2002

Landtag aktuell

TOP 12 + 16 - Landesnachhaltigkeitsstrategie

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

Konrad Nabel:

Konzentration auf umsetzbare Schwerpunkte ist der richtige Ansatz

Die SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag begrüßt und unterstützt die Erarbeitung der Landesnachhaltigkeitsstrategie für ein „zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ unter der Federführung der Landesregierung. Das hier verankerte Leitbild der nachhaltigen Entwicklung kann als die zentrale Reformperspektive für gesellschaftlichen Fortschritt im 21. Jahrhundert und als neuer politischer Gestaltungsansatz als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung gelten.

Nur eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Wünsche zu befriedigen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen, kann als zukunftsfähig angesehen werden.

Die schleswig-holsteinische SPD hat sich nicht erst seit Vorliegen der Ergebnisse der Brundtland-Kommission in ihrer politischen Programmatik der letzten beiden Jahrzehnte und seit 1988 in ihrem politischen Handeln mehr und mehr diesem Leitbild verpflichtet und wichtige Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung des Landes gelegt. In der Umsetzung unserer Wahlprogramme haben wir bereits in den vergangenen Wahlperioden wichtige Projekte, bei denen der geforderte Dreiklang zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem ausdrücklich oder zumindest im Ansatz bedacht wurde, eingebracht, unterstützt und die Regierung bei ihrer Umsetzung kontrolliert und beraten.

Mit dem Ziel der „sozialen und ökologischen Modernisierung“ haben wir die Gewichte in der Politik des Landes neu geordnet und in unserem bis dahin schwarzen Land für mehr Transparenz gesorgt. So haben wir ein Umwelt- und ein Frauenministerium eingerichtet und die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe in den Kommunen und im Land drastisch verbessert. Die schon bei der Umsetzung der Regionalprogramme für die Westküste und den Landesteil Schleswig eingeführten Beteiligungsstrukturen haben sich bewährt und wurden bei den LSE-Prozessen in den letzten Jahren weiter ausgebaut.

Unsere Umwelt- und Naturschutzpolitik stellen wir unter das Leitbild der Ressourcenschonung und des Erhalts und Ausbaus der natürlichen Lebensgrundlagen. Dies gilt auch im Wohnungsbau und in der Hinwendung zu einem sanften Tourismus. Unsere Energiepolitik setzt überaus erfolgreich auf den Ausbau regenerativer Energieformen und den Klimaschutz, und unser kleiner, aber feiner Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit gibt Zeugnis von der globalen Verantwortung auch des kleinen Landes Schleswig-Holstein.

Wir haben durch die Gründung der Akademie für Natur und Umwelt, den Ausbau des Freiwilligen ökologischen Jahres und des Freiwilligen sozialen Jahres und die Gründung der Bingo-Lotterie für Umwelt und Entwicklung die Umweltbildung erheblich verbreitert und damit gute Voraussetzungen geschaffen, eine Bildung für Nachhaltigkeit zu entwickeln.

Auf diesen Grundlagen aufbauend haben wir dem Koalitions-Vertrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen für die Wahlperiode 2000-2005 in der Präambel unter anderem folgende Formulierung vorangestellt: *Wir haben Zuversicht in die Gestaltbarkeit der Zukunft. Wir verpflichten uns in allen Bereichen der Landes- und Kommunalpolitik das auf dem Erdgipfel von Rio formulierte Prinzip der "nachhaltigen Entwicklung" durchzusetzen und zu fördern. Nachhaltigkeit bedeutet, den Bedürfnissen der heute Lebenden gerecht zu werden, ohne die Entwicklungschancen künftiger Generationen zu gefährden. Wer heute regiert, muss an morgen denken.*

Weiter heißt es dann unter anderem: *Nachhaltigkeit umfasst alle Politikbereiche und -ebenen und verlangt eine breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Die Landesregierung wird im Sinne der Empfehlungen des Erdgipfels von Rio 1992 ("Agenda 21") eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein erarbeiten. Der Ansatz der Nachhaltigkeit ist, wo notwendig, durch ordnungsrechtliche und vertragliche Regelungen zu gewährleisten. Die verschiedenen Planungsinstrumente müssen im Sinne der Vorsorge eingesetzt werden.*

Die Umweltbildung ist zu einer "Bildung für Nachhaltigkeit" weiter zu entwickeln...

Mit dem zur Mitte der Wahlperiode vorgelegten Zwischenbericht "Strategie für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein" wird deutlich, dass wir seither ein sichtbares Stück des gemeinsamen Weges vorangekommen sind. Die SPD-Landtagsfraktion wird das Vorgehen der Landesregierung bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie weiterhin konstruktiv-kritisch unterstützen.

Wir haben uns bereits seit Sommer 2000 immer wieder in die Vorbereitungen, die Struktur und den Beratungsablauf eingemischt und haben der Regierung gegenüber unsere Vorstellungen sowie Literaturempfehlungen erfolgreich eingebracht. Noch vor dem Kabinettsbeschluss im November 2000 haben wir die frühzeitige Einbindung der Akteure auf der Ebene der Verbände und der Kommunen eingefordert, die dann schließlich auch in Workshops sowie der öffentlichen Auftaktveranstaltung im April 2001 erfolgte.

Trotz der Tatsache, dass inzwischen Tausende Menschen in der Umweltwirtschaft arbeiten und gutes Geld verdienen, dass der Ausbau der Windenergie viele neue Arbeitsplätze geschaffen hat und dass gerade die Produktion von Windenergieanlagen die mittelständische Wirtschaftsstruktur in unserem Land stärkt, werden in den letzten Jahren bundesweit Investitionen in die Umwelt, die Entwicklungszusammenarbeit und die Umweltbildung zusammen gestrichen und stehen fälschlicherweise im negativen Ruf, keine wesentlichen Arbeitplatzeffekte zu haben.

Leider hat also in den letzten Jahren zumindest bei vielen in den Parlamenten und in kommunalen Vertretungen Tätigen Umwelt- und Naturschutz wieder eine eher untergeordnete Rolle eingenommen, und auch der Agenda-Prozess auf kommunaler und regionaler Ebene ist ins Stocken geraten.

Da hilft es auch nicht viel, wenn der BUND mit einer Umfrage - und das war noch vor der Flut - belegt, dass Umweltthemen in der Gesamtbevölkerung gar nicht "out" sind. 81% der Befragten hätten danach ein Leben in gesunder Umwelt für die Zukunft ihrer Kinder sogar höher als einen sicheren Arbeitsplatz eingestuft.

Die Starkregenereignisse und die Flutkatastrophe mit ihren Milliarden Schäden haben diesen Trend im Spätsommer nur für kurze Zeit stoppen können, wir haben die nötigen Konsequenzen auch hier im Landtag eher unverbindlich und ohne konkrete Festlegungen diskutiert, und die meisten - auch hier im Haus - sind seither wieder zur Tagesordnung übergegangen.

Es reicht aber nicht aus, den Dreiklang zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem wortreich zu beschwören, er muss sich auch im Reden und im Handeln widerspiegeln. Der Antrag der CDU genügt diesen Anforderungen in keiner Weise, wir werden ihn daher ablehnen.

Der von der Landesregierung bei der Erarbeitung der "Strategie für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein" gewählte Weg, sich auf wenige durch uns und in unserem Land umsetzbare Schwerpunkte zu konzentrieren ist dazu der richtige Ansatz. Es gilt, für die drei Bereiche "Arbeiten & Produzieren", "Zusammen leben" sowie "Das Land nutzen" Leitbilder zu entwickeln und Ziele zu formulieren. Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme des schon in den vergangenen Jahren Geleisteten wird die Bearbeitung einzelner Handlungsfelder im Dialog mit den Betroffenen aufgenommen, um dann die Nachhaltigkeitsstrategie für unser Land zu formulieren und in die Umsetzung zu

gehen. Wir wollen mit unserem Antrag die Landesregierung bei diesem Ansatz für ein
higes Schleswig-Holstein“ unterstützen.

- Wir begrüßen den umfassenden Managementansatz der Interdisziplinarität, der Partizipation, der Erfolgskontrolle und der diskursiven Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Wir fordern die Landesregierung auf - und das gilt auch bei knappen Kassen - den eingeschlagenen Weg der Modernisierung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft konsequent fortzusetzen.

Wir fordern, die Strategie für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein kontinuierlich zu aktualisieren und gemeinsam mit allen Betroffenen fortzuentwickeln und die darin formulierten neuen Aufgaben in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen.

Wir wollen, dass der partizipatorische Ansatz weiter ausgebaut wird und wollen so nicht nur dem Land, den Kommunen, den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch Unternehmen und Verbänden die Chance geben, hierfür gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

- Besonders wichtig ist uns die Entwicklung eines Indikatorensystems und anderer Kontrollmethoden zur Erfolgsbewertung und -kontrolle von Qualitätszielen und die Berücksichtigung des Entwicklungs- und Prozessgedankens bei der Festlegung und Ausgestaltung von Zukunftsfeldern

- Und nicht zuletzt: Wir bitten Kommunen, Verbände, Wirtschaft und Wissenschaft, sich in die jetzige Dialog- und Kommunikationsphase wie auch in die Strategieentwicklung und die Umsetzung der Maßnahmen aktiv einzubringen.

Und wir fordern die Landesregierung darüber hinaus auf, dem Landtag ein Jahr nach Fertigstellung der Landesnachhaltigkeitsstrategie über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Bis dahin haben wir Gelegenheit - jede und jeder an ihrem und seinem Platz - das unsere zur Umsetzung dieses Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung zu tun. - Wir bitten um alternative Abstimmung der vorliegenden Anträge in der Sache.